

Arbeitshilfe –

Satzung eingetragener Verein (e.V.) mit hauptamtlichem Vorstand und ehrenamtlichem Aufsichtsrat

Bei **Fett** gedruckten Passagen wird die Übernahme der Formulierung empfohlen, da sie der Anlage zu § 60 AO sowie den Anforderungen nach BGB an eine Satzung entsprechen.

Satzung des e.V.

§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den Namen.....
- (2) Er hat den Sitz in.....
- (3) Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht ineingetragen.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck¹

- (1) **Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige/mildtätige Zwecke (Nichtzutreffendes bitte streichen!) im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.**

Zweck des Vereins ist

Hier empfiehlt sich die wörtliche Übernahme eines oder mehrerer Zwecke aus der Aufzählung in § 52 Abs. 2 Abgabenordnung.

- (2) Er bezweckt insbesondere
- (3) **Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:**
- (4) Der Verein darf alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung des Hauptzwecks des Vereins unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Er kann sich an anderen Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen und solche gründen oder übernehmen. Er kann andere wegen Gemeinnützigkeit oder Mildtätigkeit steuerbegünstigte Organisationen, die denselben Hauptzweck verfolgen, unterstützen.

§ 3 Gemeinnützigkeit

¹ 1. Zweckänderungen bei bestehenden Vereinen: Änderungen des Vereinszwecks sind immer sehr sorgfältig vorzubereiten. Diesbezüglich ist eine Voranfrage beim Finanzamt und beim zuständigen Registergericht immer dringend anzuraten.

2. Förderung durch Stiftungen: Es gilt zu beachten, dass einzelne Stiftungen (insbes. das Deutsche Hilfswerk - DHW) eine "Satzungssynchronität" voraussetzen. Gemeint ist, dass der Satzungszweck mindestens einen Satzungszweck mit der Satzung der Stiftung teilen muss. Hier empfiehlt sich ggf. die vorherige Abstimmung mit dem Team Unternehmensberatung der PariDienst GmbH, Wuppertal.

(1) **Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.**

(2) **Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.**

Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglied keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

(3) **Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.**

§ 4 Ideelle und organisatorische Ausrichtung

Hinweis: Hier kann der Träger seine Verbundenheit mit Dachorganisationen bzw. Verbänden (bspw. weltanschaulich oder religiös orientiert) zum Ausdruck bringen, soweit es prägend für die Organisation ist.

Weiterhin können organisatorische Besonderheiten dargestellt werden, die in den §§ 1 bis 3 nicht erwähnt sind.

Der Verein strebt die Mitgliedschaft / *ist Mitglied* im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. (*an*) und trägt Sorge für die Erfüllung der Voraussetzungen einer Mitgliedschaft. Er strebt eine enge Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern dieses Verbundes an.

Der Verein wird nicht zugleich Mitglied in einem anderen Spitzenverband.

§ 5 Mitgliedschaft

(1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche (*ggf. jede juristische*) Person werden, die seine Ziele unterstützt.

(2) Hier ggfs. Formen der Mitgliedschaft definieren: ordentliche, fördernde Mitgliedschaft, Ehrenmitgliedschaft...

(3) Über den Antrag in Textform auf Aufnahme in den Verein entscheidet der Vorstand (*alternativ: Aufsichtsrat*).

Gegen die Ablehnung des Aufnahmeantrages kann innerhalb einer Frist von Wochen nach der Mitteilung der Ablehnung an den Antragsteller die nächste Mitgliederversammlung (*alternativ: der Aufsichtsrat*) angerufen werden. Die Anrufung erfolgt schriftlich an den Vorstand (*alternativ: der Aufsichtsrat*).

(4) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Verlust der Geschäftsfähigkeit oder Tod (*beziehungsweise bei juristischen Personen durch deren Auflösung*).

(5) Der Austritt eines Mitglieds ist nur zum möglich. Er erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand (*alternativ: Aufsichtsrat*) unter Einhaltung einer Frist von

(6) Wenn ein Mitglied gegen die Ziele und Interessen des Vereins schwer verstoßen hat, kann es durch den Aufsichtsrat (*alternativ: den Vorstand*) mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen werden.

Dem Mitglied muss vor der Beschlussfassung Gelegenheit zur Rechtfertigung beziehungsweise Stellungnahme gegeben werden.

(7) Gegen diesen Ausschlussbeschluss kann innerhalb einer Frist von Wochen nach Mitteilung des Ausschlusses die nächste Mitgliederversammlung (*alternativ: der Aufsichtsrat*) angerufen werden, die (*der*) abschließend entscheidet.

(8) Bleibt ein Mitglied trotz Mahnung mit Hinweis auf die Konsequenzen mit dem Beitrag für ... Monate/Jahre im Rückstand, so kann es ohne vorherige Anhörung durch den Vorstand (*alternativ: den Aufsichtsrat*) mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen werden. Der Beschluss ist endgültig.

§ 6 Beiträge

(1) Die Mitglieder zahlen Beiträge nach Maßgabe eines Beschlusses der Mitgliederversammlung. (*alternativ: nach Maßgabe der Beitragsregelung, die von der Mitgliederversammlung erlassen wird*) ²

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung
- der Aufsichtsrat
- der Vorstand

§ 8 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung findet in der Regel einmal jährlich in der Form einer Präsenzveranstaltung statt und ist durch den Aufsichtsrat (*alternativ: durch den Vorstand*) einzuberufen. Sie wird von der/dem Vorstandsvorsitzenden (*alternativ: Aufsichtsratsvorsitzenden*) geleitet, solange die Mitgliederversammlung keine andere Person mit der Moderation betraut.

(2) An Stelle einer Mitgliederversammlung nach Abs. 1 kann zu einer virtuellen oder hybriden Mitgliederversammlung einberufen werden. Die virtuelle oder hybride Mitgliederversammlung ist gegenüber der präsenten Mitgliederversammlung nach Abs. 1 nachrangig. Der Vorstand (*alternativ: der Aufsichtsrat*) entscheidet hierüber nach seinem Ermessen und teilt dies den Mitgliedern in der Einladung mit. Virtuelle oder hybride Mitgliederversammlungen finden per Video oder Telefonkonferenz statt. Die Mitglieder erhalten hierfür rechtzeitig ein Passwort. Die sonstigen Bedingungen der virtuellen oder hybriden Mitgliederversammlung richten sich nach den allgemeinen Bestimmungen über die Mitgliederversammlung. Eine rein virtuelle Mitgliederversammlung über die Auflösung des Vereins ist unzulässig.

(3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder die Einberufung von³ der Vereinsmitglieder schriftlich und unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird.

(4) Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich oder in Textform⁴ durch unter Wahrung einer Einladungsfrist von mindestens Wochen bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung.

² Sind Arbeitsstunden von Mitgliedern zu leisten, ist an dieser Stelle eine Erwähnung erforderlich.

³ Die Rechtsprechung beurteilt den %Anteil für ein Minderheitsbegehren unterschiedlich, akzeptierte Satzungsregelungen sind 10 bis 30 %, 1/4, 1/3, ohne eine Regelung reichen 10%. Der Anteil muss unter 50% bleiben.

⁴ Dies schließt die Ladung per Email an. Liegt keine Email-Adresse vor, muss die zuletzt mitgeteilte postalische Adresse genutzt werden.

Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Es gilt das Datum des Poststempels bzw. das Sendedatum der Email. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse/E-Mail-Adresse gerichtet ist.

(5) Bis vor Beginn der Mitgliederversammlung können Dringlichkeitsanträge gestellt werden. Über die Aufnahme in die Tagesordnung ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Nicht als Dringlichkeitsanträge aufgenommen werden können Anträge mit folgenden Inhalten: Satzungsänderungen oder Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen für die Mitglieder.

(6) Die Mitgliederversammlung als das oberste Beschluss fassende Vereinsorgan ist grundsätzlich für alle Aufgaben zuständig, sofern bestimmte Aufgaben gemäß dieser Satzung nicht einem anderen Vereinsorgan übertragen wurden.

Die Mitgliederversammlung entscheidet insbesondere⁵:

- a) *Aufgaben des Vereins (einschließlich Satzungszweck)*
- b) *Entgegennahme der Jahresberichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates*
- c) *Entgegennahme des Berichtes der Kassenprüfer*
- d) *Wahl, Abwahl und Entlastung des Aufsichtsrats*
- e) *Entlastung des Vorstandes auf Basis einer Empfehlung des Aufsichtsrates*
- f) *Genehmigung des (Alternativ: geprüften) Jahresabschlusses*
- g) *Festsetzung der Mitgliedsbeiträge (siehe § 6) / Beitragsregelung*
- h) *Festlegung der Höhe der pauschalen Aufwandsentschädigung des Aufsichtsrates*
- i) *Beteiligung an Gesellschaften*
- j) *Satzungsänderungen*
- k) *Auflösung des Vereins*

(7) Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Mitgliederversammlung grundsätzlich im Rahmen einer Einzelwahl gewählt; die Mitgliederversammlung kann beschließen, dass eine Blockwahl zulässig ist. Auf Antrag eines Mitgliedes (*alternativ: von mindestens ...% der Anwesenden*) kann die Wahl in geheimer Form durchgeführt werden.

(8) Jede satzungsmäßig einberufene Mitgliederversammlung wird als beschlussfähig anerkannt ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar. Wird die Versammlung online abgehalten/übertragen, steht eine mit elektronischen Kommunikationsmitteln abgegebene Stimme der persönlichen Stimmrechtsausübung gleich.

(9) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Ausnahmen sind in §§ 12⁶ geregelt.

⁵ Die aufgeführten Punkte stellen nur Beispiele dar, und die Liste ist keinesfalls abschließend. Es ist zu beachten, dass (alle Punkte von) Satzung, Geschäftsordnung und Dienstvertrag übereinstimmen und es keine abweichenden Regelungen gibt.

⁶ Bitte hier alle Paragraphen aufzählen, die eine Abweichung von der einfachen Mehrheit beinhalten.

§ 9 Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus ... Personen (*Empfehlung: ungerade Zahl*) (*Alternativ: mindestens und maximal aus ... Personen*), die nicht dem Kreis der hauptamtlichen oder nebenamtlichen Mitarbeiter*innen angehören dürfen.
- (2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden für die Dauer von Jahren gewählt. Die Wiederwahl der Aufsichtsratsmitglieder ist möglich.
- (3) Der Aufsichtsrat wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder eine/n Vorsitzende*n.
- (4) Mitglieder des Aufsichtsrates können nur durch eine schriftliche Erklärung mit einer Frist von ... Wochen ihren Rücktritt gegenüber den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern erklären. Im Falle eines Ausscheidens eines Aufsichtsratsmitgliedes können die verbliebenen Mitglieder bis zur nächsten Mitgliederversammlung ein Ersatzmitglied berufen.
- (5) Zu den Aufgaben des Aufsichtsrats gehören insbesondere⁷:
- a) Überwachung der Einhaltung der in der Satzung formulierten Aufgaben des Vereins*
 - b) die Überwachung der Tätigkeit des Vorstands*
 - c) Bestimmung und Abberufung der Vorstandsmitglieder*
 - d) Entscheidung über Beschwerden, die gegen den Vorstand erhoben werden*
 - e) Genehmigung der Vergütung des Vorstandes*
 - f) Genehmigung der Geschäftsordnung für den Vorstand und Aufsichtsrat*
 - g) Empfehlung an die Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung über den (geprüften) Jahresabschluss*
 - h) Festsetzung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Mitgliederversammlung*
 - i) Einladung der Mitgliederversammlung*
- (6) Bei Verträgen der Vorstandsmitglieder mit dem Verein vertritt der Aufsichtsrat den Verein gegenüber den Vorstandsmitgliedern durch zwei Aufsichtsratsmitglieder gemeinsam, die an die Weisungen des Aufsichtsrats gebunden sind.
- (7) Der Aufsichtsrat kann sein Informationsrecht durch die Einsicht und Prüfung der Vereinsbuchhaltung, der Vermögensbestände sowie der schriftlichen und elektronischen Aufzeichnungen ausüben.
- (10) Der Aufsichtsrat kann Sitzungen als Video- oder Telefonkonferenzen durchführen und Entscheidungen im Umlaufverfahren herbeiführen, sofern die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder einverstanden ist.
- (11) Die Aufsichtsratsmitglieder können eine im Verhältnis zu ihren Aufgaben angemessene Entschädigung erhalten, die von der Mitgliederversammlung festgelegt wird und die Höhe der Ehrenamtspauschale nach § 3 Nr. 26a EStG nicht überschreitet.
- (12) Die Aufsichtsratsmitglieder haften nur bei vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Sorgfaltspflichtverletzungen; im Falle einer Inanspruchnahme durch Dritte haben sie insoweit einen Freistellungsanspruch gegen den Verein.

⁷ Die aufgeführten Punkte stellen nur Beispiele dar, und die Liste ist keinesfalls abschließend. Es ist zu beachten, dass (alle Punkte von) Satzung, Geschäftsordnung und Dienstvertrag übereinstimmen und es keine abweichenden Regelungen gibt.

(13) Die Vorschriften des Aktiengesetzes finden auf dieses Organ keine Anwendung.

§ 10 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus..... Personen.

(2) Der Verein wird durch die Mitglieder des Vorstands gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Je zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt.

(4) Die Mitglieder des Vorstandes werden vom Aufsichtsrat für die Dauer von ... Jahren ernannt. Die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist möglich. Vorstandsmitglieder bleiben so lange im Amt, bis ihre Nachfolge gewählt ist.

(5) Dem Vorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte des Vereins. Die Geschäftsführungsbefugnis bezieht sich nur auf solche Handlungen, die der gewöhnliche Betrieb des Unternehmens mit sich bringt. Der Vorstand ist in seiner Vertretungsmacht durch den Zweck des Vereins beschränkt. Im Übrigen ergeben sich die Rechte und Pflichten aus dem Gesetz, der Satzung, der Geschäftsordnung, dem Anstellungsvertrag und den Beschlüssen der Mitgliederversammlung sowie des Aufsichtsrates.

Er hat insbesondere folgende Aufgaben⁸:

a) Aufstellen von Jahresplan und Jahresabschluss

b) Beschlüsse über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern des Vereins nach der Maßgabe des Aufsichtsrats

c) Fachaufsicht über die Arbeitsbereiche des Vereins

d)

Bei Bedarf ergänzen um die konkrete Benennung einzelner zustimmungspflichtiger Rechtsgeschäfte - Beispiele:

Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen, darf der Vorstand nur mit vorheriger Zustimmung des Aufsichtsrates (*alternativ: der Mitgliederversammlung*) vornehmen. Dazu gehören insbesondere:

a) der Erwerb und die Veräußerung sowie die Belastung von Grundstücken,

b) die Vornahme von erheblichen Veränderungen an Gebäuden,

c) die Errichtung und Auflösung von Betriebsstätten,

d) der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen,

e) die Eingehung von Verbindlichkeiten von im Einzelfall über EUR XXX.000,00 sowie die Übernahme von Bürgschaften,

f) die Einstellung von leitenden Angestellten,

g)

(6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Ein Vorstandsbeschluss kann außerhalb einer Sitzung fernmündlich, in

⁸ Die aufgeführten Punkte stellen nur Beispiele dar, und die Liste ist keinesfalls abschließend. Es ist zu beachten, dass (alle Punkte von) Satzung, Geschäftsordnung und Dienstvertrag übereinstimmen und es keine abweichenden Regelungen gibt.

Textform oder auf anderen Wege der elektronischen Kommunikation, einschließlich Telefonat und Videokonferenz, gefasst werden.

(7) *Nur bei Bedarf einfügen:* Für ein einzelnes Rechtsgeschäft können die vertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder jeweils durch Beschluss des Aufsichtsrates von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden⁹. *(Alternativ: Die Vorstandsmitglieder können für Rechtsgeschäfte mit der XYZ gGmbH von den Beschränkungen des § 181 BGB durch Beschluss des Aufsichtsrates befreit werden)*

(8) Mitglieder des Vorstands haben Anspruch auf eine ihrer Tätigkeit angemessene Vergütung.

(9) *Nur bei Bedarf einfügen:* Die Vorstandsmitglieder haften nur bei vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Sorgfaltspflichtverletzungen; im Falle einer Inanspruchnahme durch Dritte haben sie insoweit einen Freistellungsanspruch gegen den Verein.

§ 11 Kassenprüfung

(1) Die Mitgliederversammlung bestellt zwei Kassenprüfer*innen, die weder dem Vorstand noch einem anderen Vereinsgremium angehören und auch nicht Angestellte des Vereins sein dürfen, um die Buchführung einschließlich Jahresabschluss zu prüfen und über das Ergebnis vor der Mitgliederversammlung zu berichten.

(2) Die Mitgliederversammlung kann anstelle oder neben der Prüfung durch Kassenprüfer*innen die Prüfung durch eine*n Angehörige*n der steuerberatenden und/oder wirtschaftsprüfenden Berufe oder einer entsprechenden Gesellschaft beschließen.

§ 12 Änderung des Zwecks und Satzungsänderung

(1) Für die Änderung des Vereinszwecks und für andere Satzungsänderungen ist eine (Prozent)..... Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich¹⁰. Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigelegt worden waren.

(2) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.

§ 13 Protokollierung von Beschlüssen

Die in Aufsichtsratssitzungen und in Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von zu unterzeichnen.

⁹ Achtung: eine allgemeine Befreiung von § 181 BGB verstößt nicht nur gegen Grundsätze des Paritätischen NRW sondern auch gegen Voraussetzungen div. Stiftungen. Insofern sollte sich eine Befreiung von § 181 BGB nur auf einzelne Rechtsgeschäfte oder bestimmte Organisationen (z.B. Tochter-GmbH) beziehen!

¹⁰ Eventuell unterschiedliche Quoren einführen. Lt. BGB 100% der Mitglieder für Satzungszweckänderung nötig, jedoch nachgiebiger Paragraph.

§ 14 Auflösung des Vereins und Vermögensbindung

(1) Für den Beschluss, den Verein aufzulösen, ist eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich. Der Beschluss kann nur nach rechtzeitiger Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden.

(2) **Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an¹¹, der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige beziehungsweise mildtätige Zwecke zu verwenden hat.**

§15 Salvatorische Klausel

Sofern einzelne Bestimmungen dieser Satzung unwirksam sind oder werden, soll die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen der Satzung nicht berührt werden. Für diesen Fall soll die nichtige Bestimmung der Satzung durch eine rechtsgültige Regelung ersetzt werden, die dem angestrebten Zweck, soweit als möglich, entspricht. In gleicher Weise ist im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung zu verfahren, sofern sich bei der Durchführung der Satzung herausstellt, dass die Satzung eine ergänzungsbedürftige Lücke enthält.

¹¹ Hier ist eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen in NRW oder *Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.* zu benennen.